

## **ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN FÜR MANDATSVERTRÄGE MIT TREUHÄNDERISCHER MITTELVERWALTUNG**

### **1. Allgemeine Bestimmungen**

- 1.1. Sofern schriftlich nicht anders vereinbart, sind die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen Bestandteil jedes Mandatsvertrages mit treuhänderischer Mittelverwaltung (nachfolgend "der Vertrag" genannt), der im Zusammenhang mit der Realisierung eines Projektes im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und humanitären Hilfe der Schweiz (nachfolgend "das Projekt" genannt) zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, vertreten durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (nachfolgend "DEZA" genannt), und einem/r mit der Durchführung des Projektes beauftragten Vertragspartner/in (nachfolgend "die Institution" genannt) abgeschlossen wird. Die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten mit Unterbreitung des Angebotes als von der Institution akzeptiert. Die Anhänge zu den vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden dabei zu solchen des Vertrages.
- 1.2. Alle Änderungen des Vertrages, der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, der anderen Anhänge des Vertrages oder besonderen Vertragsbestimmungen bedürfen der Schriftform.
- 1.3. Die Vertragsparteien sind nur an schriftliche Vereinbarungen gebunden. Bis zum Vertragsabschluss zieht der Rückzug einer der Vertragsparteien aus den Verhandlungen keine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der andern Partei nach sich; jede Partei trägt ihre Kosten selbst.
- 1.4. Bei Ausschreibungen wird die Offerte inklusive Präsentationen nicht vergütet, ausser die Ausschreibung sieht etwas anderes vor. Die Institution unterbreitet ihre Offerte unter Bezugnahme auf die Ausschreibung. Sie ist unter Vorbehalt der Ausschreibungsunterlagenfrei, zusätzliche Vorschläge zu machen. Das Angebot ist für die Institution während drei Monaten nach der Eingabe verbindlich.
- 1.5. Ist die Institution ein Konsortium, muss der Vertrag von allen Mitgliedern des Konsortiums unterzeichnet werden. Die Mitglieder des Konsortiums haften solidarisch und gemeinsam. Das Konsortium bezeichnet die zuständige Stelle, deren Handlungen das Konsortium verpflichten und die berechtigt ist, die Zahlungen zu empfangen.

### **2. Verantwortlichkeit - Rechte und Pflichten der Institution**

- 2.1. Die Institution haftet persönlich für eine getreue und sorgfältige Ausführung des Vertrages sowie für Leistungen, die den vertraglichen Bedingungen und Spezifikationen und den geltenden wissenschaftlichen und technischen Normen entsprechen.

Sie erklärt, dass sie über die nötige Erfahrung in jenem Bereich verfügt, der Gegenstand des Vertrages ist, und dass sie die gesetzlichen Grundlagen kennt, die der internationalen Zusammenarbeit und humanitären Hilfe der Schweiz zugrunde liegen, ebenso wie die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den eidgenössischen Finanzhaushalt (FHG, SR 611.0). Sie bemüht sich, die zur Verfügung stehenden finanziellen und technischen Mittel sparsam und wirtschaftlich einzusetzen.

- 2.2. Die Institution informiert die DEZA regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und informiert sie sofort schriftlich über jedes Ereignis, das die vorgesehene Realisierung des Projektes ändern, sich negativ auf die Ausführung des Vertrages auswirken oder diese ganz in Frage stellen könnte. In dringenden Fällen ergreift sie die notwendigen vorsorglichen Massnahmen und informiert die DEZA umgehend. Jede Änderung des Projektbeschriebes muss schriftlich vereinbart werden.
- 2.3. Im Rahmen des Vertrages übernimmt die DEZA ausschliesslich gegenüber der Institution Verpflichtungen, falls diese privatrechtlich handelt.

In der Regel führt die Institution das Projekt, mit dessen Durchführung sie betraut wurde, persönlich durch. Gegenüber Dritten, gegenüber Untervertragspartnern oder für einen andern Vertrag, den die Institution abgeschlossen hat, haftet diese allein für Handlungen Dritter, ohne eine Haftung der DEZA zu begründen; zudem verpflichtet sich die Institution, im Falle einer Untervergabe, auf Verlangen der DEZA Kopien der abgeschlossenen Verträge und der vereinbarten Pflichtenhefte zu übergeben. **Die Institution informiert die DEZA über den Abschluss jedes Untervertrages, der die Ausführung des ganzen oder von Teilen des Vertrages betrifft. Die Institution ist dafür besorgt, dass die Unterverträge, die sie abschliesst, mit dem Vertrag und seinen Anhängen konform sind, und dass die Bedingungen, die den Untervertragspartnern eingeräumt werden, nicht vorteilhafter sind als diejenigen der DEZA.**

- 2.4. Die Institution kann ohne schriftliche Zustimmung der DEZA den Erlös aus dem Vertrag nicht abtreten.
- 2.5. Die DEZA allein ist berechtigt, Anweisungen zu geben und Änderungen anzuordnen. Sie bleibt für alle konzeptionellen Entscheide (Integration des Projektes in das nationale Programm, Ziele von neuen Phasen, Evaluationen, Weiterführung oder Beendigung des Projektes etc.) verantwortlich. Die Institution trägt zur Erarbeitung von angemessenen Lösungen bei; sie muss während der Ausführung überprüfen, ob das Konzept des Projektes standhält, und hat der DEZA gegebenenfalls Anpassungsvorschläge zu unterbreiten.
- 2.6. Ohne anderslautende schriftliche Bestimmung sind die vertraglich vereinbarten Fristen feste Fristen.  
Bei Nichteinhaltung einer vertraglich festgehaltenen, zwingenden Frist gerät die Institution ohne weiteres in Verzug. In den andern Fällen wird ihr eine angemessene Frist eingeräumt.  
Bei Ablauf dieser Frist kann die DEZA vom Vertrag zurücktreten, indem sie die Institution schriftlich davon in Kenntnis setzt. Die bis zum Datum des Vertragsablaufs erbrachten Leistungen sind zu entschädigen.

In speziellen, schriftlich festgehaltenen Fällen, und wenn die Institution bei einer festen und zwingenden Frist in Verzug ist, kann die DEZA von der Institution die Zahlung einer Konventionalstrafe verlangen. Diese Konventionalstrafe beläuft sich auf 1‰ (eine Promille) der Vergütung pro Verzugstag und erhöht sich maximal auf 10% der gesamten Dienstleistungsentschädigung. Die Bezahlung der Konventionalstrafe befreit die Institution nicht von ihren vertraglichen Verpflichtungen. Bei höherer Gewalt oder wenn die Institution beweist, dass sie kein Verschulden trifft, wird keine Konventionalstrafe fällig.

- 2.7. Die Institution muss jederzeit klar zum Ausdruck bringen, dass sie im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und humanitären Hilfe der Schweiz handelt. Sie verpflichtet sich, vollumfänglich die Interessen der DEZA zu wahren und durch entsprechendes Verhalten dafür zu sorgen, dass die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Land, in welchem der Vertrag ausgeführt wird, weiterbestehen. Sie verpflichtet sich, sich jeglicher Einmischung in interne Angelegenheiten des Landes zu enthalten, in welchem der Vertrag erfüllt wird, und sie bemüht sich, konstruktiv mit der Verwaltung dieses Landes zusammenzuarbeiten.
- 2.8. Die Institution verzichtet darauf, irgendwelche Nebenbeschäftigungen, selbst unentgeltlicher Art, auszuüben, die die Ausführung des Vertrages und die Beziehungen zwischen der DEZA und dem Land benachteiligen könnten oder die als nachteilig betrachtet werden könnten.
- 2.9. Mit dem vorliegenden Vertrag überträgt die DEZA der Institution öffentlich-rechtliche Aufgaben.

Für alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit ihren Aufgaben unterstehen die Institution und ihre Mitarbeiter/innen Artikel 19 des Bundesgesetzes über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (SR 170.32). Die Institution muss ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hierauf aufmerksam machen (siehe dazu das Merkblatt betreffend die Übertragung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, erhältlich bei der Sektion für Rechtsfragen der DEZA).

Zusätzlich zum öffentlichen Recht, dem der vorliegende Vertrag untersteht, wird hier festgehalten, dass die Institution für ihre Hilfspersonen gestützt auf Artikel 101 des Schweizerischen Obligationenrechts (OR, SR 220) haftet, sowie für ihre Untervertragspartner gemäss Artikel 399 OR. Sie haftet gegenüber der DEZA nicht für Schäden, die auf höhere Gewalt oder Zufall zurückzuführen sind.

### **3. Budget**

- 3.1. Das Budget wird verbindlich gestützt auf den Anhang des Vertrages erstellt. Es beinhaltet obligatorisch zwei Teile und zwar
- a) das Dienstleistungs-Budget (Bezahlung der Dienstleistungen der Institution). Es umfasst alle Leistungen der Institution, die für die Projektausführung nötig sind
- und
- b) das Budget der treuhänderischen Mittel (Fonds, den die DEZA dem Partnerland zur Verfügung stellt), welche der Durchführung des Projektes dienen. Es umfasst die Mittel, die für die Durchführung des Projektes nötig und von der DEZA zur Verfügung gestellt worden sind. Das Budget muss in Schweizer Franken und in der lokalen Währung, unter Angabe des Wechselkurses, erstellt werden, je nach Bedürfnissen des Projektes. Im letzterem Fall und wenn gewisse Budgetposten keine lokale Kosten enthalten, werden sie in Schweizer Franken aufgeführt.
- 3.2. Das Budget muss sich vom Gesamtbudget des Projektes unterscheiden. Das Gesamtbudget des Projektes umfasst das Budget wie unter Ziffer 3.1. und im Anhang beschrieben, sowie zusätzlich das Budget der Mittel, die von Dritten für die Realisierung des Projektes zur Verfügung gestellt werden. Das Gesamtbudget ist Bestandteil vom Anhang des Vertrages " Projektbeschreibung".

#### **4. Einstellung des Projektpersonals**

- 4.1. Die Institution hat die Rekrutierung und die Bereitstellung des Projektpersonals zu organisieren. Sie stellt nur sorgfältig ausgewählte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, die über ein angemessenes Ausbildungsniveau verfügen. Vor der Einstellung, respektive vor der Ernennung der Projektleiterin/des Projektleiters, holt die Institution die schriftliche Zustimmung der DEZA ein. Bei Ausschreibungen unterbreitet sie der DEZA die Daten der Vertragsbedingungen des im Ausland lebenden Personals und der lokalen Projektleitung, damit die DEZA die Honorare prüfen kann.
- 4.2. Das Personal, das von der Institution ins Projektland entsandt wird, muss vorgängig medizinisch untersucht werden und für die Wahrnehmung der Aufgaben, die es erfüllen soll, geeignet sein; seine Qualifikationen müssen dem Projekt angemessen sein.
- 4.3. Die Institution schliesst die Arbeitsverträge mit dem Projektpersonal schriftlich ab. Ohne gegenteilige schriftliche Abmachung mit der DEZA dürfen die Anstellungsbedingungen gesamthaft nicht vorteilhafter sein als jene der DEZA. Die Institution muss ihre Bedingungen klar festhalten, und sie informiert die DEZA darüber, sofern diese das wünscht. Es sind angemessene Sozialleistungen vorzusehen (Versicherungen, Ferien etc.).
- 4.4. Mit Zustimmung der Institution kann der/die Koordinator/in der DEZA im Projektland Weisungen über die Anstellungsbedingungen für das lokale Projektpersonal erlassen, an die auch die Institution gebunden ist (lokale Gleichbehandlung).
- 4.5. Die Institution ist mit der Ausbildung des Projektpersonals beauftragt. Die DEZA übernimmt nur Kosten für spezifische und notwendige Ausbildungen, die sie als unumgänglich erachtet und die budgetkonform sind.
- 4.6. Die Institution respektive ihr/e Projektleiter/in ist für sein/ihr Personal verantwortlich und vergewissert sich vor allem, dass das Personal die Gesetze des Partnerlandes respektiert, sich jeder Einmischung in die lokale Politik enthält und in keiner Art und Weise den Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Partnerland Schaden zufügt.
- 4.7. Die Institution nimmt Kenntnis von den Bestimmungen, welche die Weisung betreffend „Sicherheit im Einsatz“ der DEZA enthält, und beachtet diese; sie ist bei der Sektion für Rechtsfragen der DEZA erhältlich.
- 4.8. Die DEZA bemüht sich, die Institution, ihr Personal und gegebenenfalls auch deren Familien, im Einsatzland in folgenden Bereichen zu unterstützen:
  - Beschaffung der nötigen Dokumente für die Ein- und Ausreise, den Wohnsitz und die Arbeit im entsprechenden Land,
  - Import-, Export- und Verzollungsformalitäten für die persönlichen Sachen und Material, das für das Projekt benötigt wird,
  - Rückschaffung im Notfall,
  - freier Zugang zu den entscheidenden Örtlichkeiten des Projektes,
  - Zugang zu andern Organisationen, um Informationen zu erhalten, die von der Institution benötigt werden.

#### **5. Zusammenarbeit zwischen dem Koordinationsbüro der DEZA und der Institution**

- 5.1. Das Koordinationsbüro der DEZA (nachfolgend "Kobü" genannt) vertritt die DEZA im Partnerland. Wenn der/die Koordinator/in (Chef/in des Koordinationsbüros) eine Richtlinie für die Institution aufstellt, so erlässt er/sie diese schriftlich.

- 5.2. Die Institution bezeichnet ihre Projektvertreterin/seinen Projektvertreter im Land (nachfolgend der/die Vertreter/in der Institution).

Jede Handlung des Vertreters/der Vertreterin der Institution wird der Institution zugeschrieben und wird als von ihr stammend betrachtet.

- 5.3. Der/die Koordinator/in und der/die Vertreter/in des Projektes unterstützen, beraten und informieren sich gegenseitig über Projektfragen und allgemeine Fragen im Zusammenhang mit der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz im Partnerland. Der/die Koordinator/in stellt den politischen Dialog mit dem Partnerland sicher, koordiniert die internationale Zusammenarbeit der Schweiz im Partnerland und informiert die Institution über entsprechende Fragen. Die Institution stellt den operationellen Dialog mit den offiziellen Instanzen des Projektes sicher und informiert den/die Koordinator/in über operationelle Kontakte mit den erwähnten offiziellen Instanzen.
- 5.4. Bei Krisen (Krieg, Unruhen, Gefährdung des Lebens der Experten und Expertinnen etc.) kontaktiert der/die Vertreter/in der Institution sofort den/die Koordinator/in. Diese/r informiert die nächstgelegene Schweizerische Vertretung. Gibt es kein Koordinationsbüro, so informiert der/die Vertreter/in der Institution die nächstgelegene Schweizer Vertretung über die Sicherheitsbedingungen und allenfalls bereits ergriffene Massnahmen.
- 5.5. Im Krisenfall kann der/die Koordinator/in jederzeit den Rückzug des Personals der Institution aus Sicherheitsgründen anordnen. Der/die Vertreter/in der Institution nimmt an der Beschlussfassung über das Projekt teil. Die DEZA ist bei der Rückschaffung von Personal der Institution vor Ort behilflich. Die Institution respektive ihr/e Vertreter/in bleiben jedoch für die Sicherheit ihres Personals verantwortlich. Sowohl die Institution wie der/die Vertreter/in der Institution können den Rückzug der Expert/innen anordnen, ohne dass der/die Koordinator/in die entsprechende Anweisung gibt.
- 5.6. Der/die Vertreter/in der Institution händigt dem/dem Koordinator/in regelmässig alle für das Projekt wichtigen Berichte aus. Der/die Koordinator/in hat das Recht, jederzeit ein Projekt zu besuchen und alle Informationen, namentlich zum operationellen und finanziellen Stand, zu erhalten. Der/die Koordinator/in informiert die Institution über Entwicklungen im Partnerland, die Auswirkungen auf das Projekt haben könnten.
- 5.7. Die Zusammenarbeit zwischen der DEZA und der Institution wird zudem durch die Richtlinien für die Zusammenarbeit der DEZA mit schweizerischen DEZA-Projektträgern geregelt, die bei den Mitarbeitenden der DEZA erhältlich sind. Die spezifischen vertraglich vereinbarten Regelungen zwischen der DEZA und der Institution bleiben vorbehalten.

## **6. Materialbeschaffung**

- 6.1. Anschaffungen von Projektmaterial, das im Budget vorgesehen ist, werden durch die Institution getätigt, und zwar auf Namen und auf Rechnung der DEZA oder des Partnerlandes, je nach Bestimmungen des Vertrages und des Projektabkommens. Die Rechnungen müssen an die Institution gerichtet werden, welche sich verpflichtet, den entsprechenden Verpflichtungen des Erwerbers treuhänderisch nachzukommen, wobei die Interessen der DEZA, resp. des Partnerlandes zu respektieren sind.

Auf Wunsch erstellt die Institution detaillierte Listen mit den notwendigen Ausrüstungs- und Materialbestellungen.

- 6.2. Beim Kauf von Projektmaterial beachtet die Institution das Prinzip des freien Wettbewerbs. Sie hat jede Abweichung von diesem Grundsatz zu begründen. Die Spezifizierungen des Materials, inklusive die Qualität, müssen den Anforderungen der Situation und des Einsatzortes Rechnung tragen. Auf Wunsch der DEZA liefert die Institution alle Informationen über die technischen und finanziellen Spezifikationen des gekauften Materials. Die Institution informiert sich beim/bei der Koordinator/in über die Art des Materials anderer schweizerischer Projekte im selben Land sowie über die Unterhaltsmöglichkeiten.
- 6.3. Die Institution ergreift alle angezeigten handelsüblichen Vorsichtsmassnahmen, namentlich was Vorauszahlungen sowie Sicherheiten und finanzielle Garantien anbelangt. Sie bemüht sich, direkt bei Produzenten zu bestellen, um so die besten Preise und Konditionen zu erhalten, einschliesslich Lieferfristen und zugesicherte Garantien.
- 6.4. Rabatte und Rückvergütungen, die beim Materialeinkauf erzielt werden, gelten als Kostenminderungen. Über den Erlös aus dem Verkauf von Projektmaterial wird in Absprache mit der DEZA entschieden. Solche Erträge sind in der Projektrechnung auszuweisen.
- 6.5. Das Material bleibt Eigentum der DEZA, soweit keine anderslautenden vertraglichen Bestimmungen bestehen.
- 6.6. Die Institution achtet darauf, dass ein Inventar des Projektmaterials geführt wird. Ist das Material Eigentum der DEZA, so ist die Institution für dieses Inventar verantwortlich; wird das Material dem Partner zu Eigentum überlassen, so stellt die Institution die adäquate Kontrolle dieser Überlassung sicher.
- 6.7. Bei der Übergabe von Projektmaterial an den Partner, gestützt auf entsprechende Entscheide der DEZA, ist die Institution für die Erstellung eines angemessenen Materialübergabeprotokolls innert nützlicher Frist besorgt.
- 6.8. Ausserdem sind Ziffer 15 dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen und, soweit es sich um die Verwendung von Dienstwagen handelt, die entsprechende Weisung der DEZA (erhältlich bei der Sektion für Rechtsfragen der DEZA) anwendbar.

## **7. Geistiges Eigentum - Urheberrecht**

- 7.1. Im Rahmen des Vertrages bleiben das Resultat der Arbeit der Institution, die Verwendung und Verwertung des geistigen Eigentums sowie alle Rechte daraus, inklusive die Urheberrechte und ihre Verbreitung, der DEZA vorbehalten. Auf ausdrücklichen Wunsch der Institution kann die DEZA deren Beteiligung erwähnen. Aufgrund spezieller Vereinbarung kann die DEZA die Institution ermächtigen, diese Rechte des geistigen Eigentums unentgeltlich oder gegen Entgelt zu verwenden und/oder zu verwerten.
- 7.2. Die Institution bestätigt, dass sie die nötigen Abklärungen getätigt hat, die sicherstellen, dass das Resultat ihrer Arbeit die Rechte Dritter nicht verletzt. Andernfalls verpflichtet sie sich, auf alle Forderungen Dritter aus der Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums einzutreten und alle aus einer solchen Verletzung resultierenden Kosten zu übernehmen, inklusive allfälligen Schadenersatz.
- 7.3. Die DEZA verpflichtet sich, die Institution sofort über jede Schadenersatzforderung zu informieren und ihr, unter Vorbehalt der Geheimhaltungspflicht, alle für ihre Verteidigung notwendigen Dokumente zur Verfügung zu stellen.

## **8. Vertraulichkeit**

- 8.1. Jeder, auch nur teilweise, mündliche oder schriftliche Informationsaustausch zwischen der DEZA, anderen Bundesämtern und der Institution ist vertraulich. Alle Projektdokumente und anderen Aktenstücke, Informationen und Daten, die aus dem Vertrag hervorgehen und die der Institution im Zusammenhang mit dem Vertrag gegeben werden oder welche die Institution erarbeitet hat, sind vertraulich zu behandeln und dürfen nicht, auch nicht teilweise, Dritten zugänglich gemacht oder zu andern Zwecken verwendet werden als denjenigen, für welche sie übergeben oder für die sie erarbeitet wurden. Die Institution macht ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die daraus erwachsende Schweigepflicht aufmerksam. Die Verletzung des Amtsgeheimnisses ist gemäss Artikel 320 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (SR 311.0) strafbar.
- 8.2. Auf schriftliche Anfrage der Institution kann die DEZA sie zu wissenschaftlichen oder entwicklungstechnischen Zwecken vom Amtsgeheimnis entbinden.
- 8.3. Jede Publikation und/oder Mitteilung betreffend den Austausch von Informationen oder den unter Ziffer 8.1. erwähnten Dokumenten muss vorgängig schriftlich von der DEZA bewilligt werden. Erlaubt die DEZA der Institution, schriftlich Auskünfte zu erteilen, muss sich die Institution verpflichten, solche Auskünfte wahrheitsgetreu zu geben und den Namen der DEZA zu erwähnen.
- 8.4. Verlautbarungen über den Vertrag an die Massenmedien oder in einer andern öffentlichen Form (Presse, Radio, Fernsehen, Kino, Internet, etc.) bedürfen einer schriftlichen Bewilligung durch die DEZA.
- 8.5. Die Bestimmungen dieser Ziffer 8 bleiben nach Erlöschen des Vertrages gültig.

## **9. Versicherungen**

- 9.1. Die Institution sorgt dafür, dass ihre Arbeitnehmer/innen gegen Krankheit, Unfall und Todesfall in der Schweiz und im Ausland versichert sind und dass die Prämien der obligatorischen Sozialversicherung bezahlt werden.
- 9.2. Die Institution schliesst direkt oder indirekt eine dem Vertrag angepasste und ausreichende Haftpflichtversicherung ab. Die Kosten einer solchen Versicherung gehen zu Lasten der Institution.
- 9.3. Ohne gegenteilige schriftliche Aufforderung der DEZA trifft die Institution angemessene Massnahmen, um die Projektfahrzeuge zu der DEZA genehmen Bedingungen zu versichern (inklusive Insassenversicherungen). Die Kosten dieser Versicherung gehen zu Lasten der DEZA.
- 9.4. Alle anderen Versicherungen, deren Notwendigkeit sich aus dem Projekt ergibt, gehen zu Lasten der DEZA.

## **10. Berichterstattung und Tätigkeitsberichte über die Verwendung der Gelder**

- 10.1. Auf die Termine und in der im Vertrag festgelegten Form liefert die Institution der DEZA resp. dem/der Koordinator/in die Tätigkeitsberichte ab, zusammen mit den Arbeitsblättern (Stundenaufschriebe) und den finanziellen Abrechnungen. Am Ende der Phase übergibt die Institution der DEZA einen operationellen und finanziellen Schlussbericht zur Genehmigung. Auf Verlangen gibt die Institution der DEZA und der/dem Koordinator/in Auskunft über die in der Schweiz und vor Ort verfügbaren finanziellen Mittel.
- 10.2. Soweit die Projektdokumente (Anhang des Vertrages) operationelle Pläne vorsehen, übermittelt die Institution die jährlichen operationellen Pläne dem/der Koordinator/in sowie der DEZA-Zentrale.
- 10.3. Kopien von wichtigen Mitteilungen an Behörden des Partnerlandes müssen den Tätigkeitsberichten und den operationellen Plänen beigelegt werden. Die DEZA kann zusätzliche Berichte und allenfalls Zwischenberichte verlangen.
- 10.4. Die Details betreffend Form und Inhalt der finanziellen Zwischen- und Schlussberichte sind im Anhang "Aufstellung der Abrechnung" geregelt.

## **11. Buchhaltung der Institution - Audit**

- 11.1. Ohne anderslautende Bestimmung führt die Institution an ihrem Hauptsitz eine konsolidierte Buchhaltung, die die lokale Buchhaltung mit einschliesst. Für die lokale Buchhaltung achtet die Institution darauf, dass das lokale Personal ausreichend befähigt ist und die Buchhaltungstechnik kennt.
- 11.2. In Absprache mit dem zuständigen Koordinationsbüro oder, falls ein solches am Ort fehlt, in Absprache mit der DEZA-Zentrale, beauftragt die Institution eine lokale Treuhandfirma mit der jährlichen Revision. Die lokale Treuhandfirma überprüft das interne Kontrollsystem sowie die Ordnungsmässigkeit der Buchführung und bestätigt die Projektzielkonformität sowie die Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes. Die minimalen Anforderungen an eine lokale Treuhandfirma für einen solchen Revisionsvertrag finden sich als Anhang "Revisionsmandat an eine lokale Treuhandfirma (Minimalanforderungen)" zum Vertrag. Der Abschluss der lokalen Buchhaltung wird in die konsolidierte Projektbuchhaltung integriert, die am Sitz der Institution geführt wird.
- 11.3. Wenn der Vertrag oder das Projektabkommen vorsieht, dass die lokale Revision teilweise oder ganz dem vertraglich bezeichneten lokalen Partner zufällt, so hat die Institution gemäss den Vertragsbestimmungen die Ausführung dieser Revision zu überprüfen. Stellt die Institution Mängel in der Revision fest, informiert sie umgehend die DEZA und ergreift in Absprache mit dieser Massnahmen, um eine eigene Revision durchzuführen.
- 11.4. Die konsolidierte Buchhaltung des Projektes, die am Sitz der Institution geführt wird, muss durch eine institutionsexterne, unabhängige und von der DEZA zugelassene Revisionsunternehmung revidiert werden. Die Revisionsunternehmung stellt auf den lokalen Revisionsbericht ab und übernimmt allfällige Bemerkungen daraus in ihren Bericht. Sie kontrolliert die buchhalterische Ordnungsmässigkeit und bestätigt die Konformität der Ausgaben in der Schweiz mit dem Vertrag. Zudem kontrolliert die Revisionsunternehmung die Anwendung der in Ziffer 11.2. erwähnten Bestimmungen durch die Institution. Die konsolidierte Buchhaltung der Institution ist der DEZA zusammen mit den Kontrollberichten der Revisionsunternehmung gemäss den im Vertrag vorgesehenen Modalitäten einzureichen.



- 11.5. Werden buchhalterische Unstimmigkeiten festgestellt, ohne dass die Institution Massnahmen ergreift, welche die DEZA als nötig erachtet, so werden die Zahlungen der DEZA eingestellt, bis der Tatbestand geklärt ist. Jede Ausgabe, die nicht den Kriterien eines effizienten und umsichtigen Einsatzes der Mittel entspricht, ist von der Institution zu übernehmen.
- 11.6. Zudem sind die Vertragsbestimmungen über die Abgabe von Tätigkeitsberichten und Abrechnungen anwendbar. Auf Verlangen der DEZA liefert die Institution dieser ihren Jahresbericht.

## **12. Bankkonten**

### **12.1. Bankkonto am Hauptsitz der Institution:**

- a) Die Institution eröffnet für das Projekt an ihrem Sitz und auf ihren Namen ein Bankkonto, das Zinsen trägt und auf welches die vorgesehenen Mittel für das Projekt einbezahlt werden, oder
- b) Die DEZA kann von der Institution, die gemäss oben erwähnter lit. a) ein Bankkonto eröffnet, eine Bankgarantie verlangen oder die Eröffnung eines Bankkontos auf den Namen der DEZA verlangen, auf welches die Mittel einbezahlt werden; die Institution verfügt in diesem Fall über eine Vollmacht für die Auszahlung, gemäss den Modalitäten im Anhang "besondere Vertragsbestimmungen", oder
- c) Auf Wunsch der Institution kann die DEZA ihr erlauben, ein einziges Konto zu führen, das auf ihren Namen lautet und das verschiedene Projekte zusammenfasst.

### **12.2. Zudem eröffnet die Institution im Partnerland ein Bankkonto, von welchem sein/e Vertreter/in die nötigen Mittel für die Realisierung des Projektes abheben kann. Alle von der Institution ins Partnerland überwiesenen Beträge für die Ausführung des Projektes müssen zum offiziellen von der örtlichen Regierung anerkannten Wechselkurs auf dieses Konto einbezahlt werden. Fehlt ein solcher, hat die Einzahlung zum von der DEZA zum Zeitpunkt der Zahlung anerkannten Wechselkurs oder in Devisen zu erfolgen. Die auf diesem Konto zur Verfügung gestellten Mittel dürfen nur für das Projekt verwendet werden; jede persönliche Verwendung oder Verwendung durch Dritte ist unzulässig. Die Institution ergreift zudem alle Massnahmen für die Sicherheit der Mittel und ist namentlich dafür besorgt, dass auf den lokalen Bankkonten nur jene Mittel liegen, die für die Realisierung des Projektes effektiv nötig sind.**

### **12.3. Vorbehältlich Zahlung auf mittleren Verfall werden die Zinsen, die die Institution auf den Vorauszahlungen der DEZA realisiert, dem Projektkonto gutgeschrieben, als Zahlung der DEZA verbucht und von der letzten vertraglich vorgesehenen Zahlung abgezogen oder der DEZA zurückbezahlt. Dazu ist jährlich eine globale Zinsabrechnung vorzulegen, welche die Institution innert 90 Tagen nach Ende jedes Projekt-Kalenderjahres einzureichen hat.**

## **13. Kontrollrecht**

- 13.1. Die DEZA und die Eidgenössische Finanzkontrolle können jederzeit alle Punkte des Vertrages überprüfen und dazu Auskünfte verlangen; sie können dieses Recht auf Dritte übertragen.

- 13.2. Bei allfälligen Kontrollen des Projektes durch die DEZA, ihre Beauftragten oder durch die Eidgenössische Finanzkontrolle stellt die Institution alle nötigen Dokumente zur Verfügung und erteilt alle nötigen Auskünfte.
- 13.3. Die Institution ist verpflichtet, die Dokumente während 10 Jahren aufzubewahren.

## **14. Entschädigung**

### **14.1. Allgemeine Bestimmungen**

- 14.1.1. Die Institution erbringt die Dienstleistungen zu fixen Preisen, mit einer oberen Preislimite (Preislimite der Dienstleistungen). Sie bezeichnet in ihrem Angebot und im Budget die Kostenarten und die Tarife. Die Entschädigung der Institution kann gemäss den unter Ziffer 14.2. oder 14.3. vorgesehenen Modalitäten erfolgen. **Bei offenen oder selektiven Vergabeverfahren oder Einladungsverfahren sind die Angebote jedoch gemäss der unter Ziffer 14.3. vorgesehenen Bestimmungen zu präsentieren; dabei ist unerheblich, um welche Art von Institution es sich handelt.**
- 14.1.2. Unter Vorbehalt einer anderslautenden schriftliche Vereinbarung sind die vereinbarten Preise fix. Die Inflation wird nur berücksichtigt, wenn dies speziell schriftlich vereinbart wurde. Im Falle von Preisschwankungen (Inflation, Wechselkurs, etc.) gelten die im Anhang "besondere Vertragsbestimmungen" festgehaltenen Bestimmungen.
- 14.1.3. Zahlungen werden gemäss dem im Vertrag vorgesehenen Terminplan nach Massgabe des Fortschritts der Arbeiten und der getätigten Ausgaben geleistet. Bei Verfall macht die Institution ihre Rechte geltend, indem sie aufgrund der Arbeitsrapporte Rechnungen erstellt.

### **14.2. Entschädigung durch eine pauschale Projektleitungsentschädigung**

- 14.2.1. Die DEZA deckt die Kosten des Projektes, für welches ein Budget gemäss Anhang erstellt wurde, indem sie der Institution eine pauschale Projektleitungsentschädigung (nachfolgend PLE) bezahlt. Die PLE beträgt maximal 13% des Budgets der treuhänderischen Mittel sowie eines Teils des Dienstleistungsbudgets, der in Ziffer 14.2.6. definiert ist.
- 14.2.2. Die Projektleitungsentschädigung wird gleichzeitig mit den vertraglich vereinbarten Vorauszahlungen in gleichen Betreffnissen bezahlt.
- 14.2.3. Die DEZA behält sich das Recht vor, die Projektleitungsentschädigung zu kürzen, wenn die Schlussabrechnung zeigt, dass die effektiven Projektkosten 80% der budgetierten Kosten nicht erreichen und wenn diese Reduktion eine bedeutende Verringerung der Projektleitungskosten nach sich gezogen hat.
- 14.2.4. Eine Erhöhung des Budgets der treuhänderisch verwalteten Mittel hat nicht automatisch eine Erhöhung der pauschalen Projektleitungsentschädigung zur Folge. Die pauschale Projektleitungsentschädigung wird erst nach Absprache zwischen den Parteien erhöht, und nur sofern die DEZA von der Institution zusätzliche Dienstleistungen verlangt, welche ursprünglich nicht vorgesehen waren, und soweit diese eine Erhöhung der Kosten zur Folge haben.
- 14.2.5. **Bei Unterverträgen verpflichtet sich die Institution, die Bestimmungen zu respektieren, die in der nachfolgenden Ziffer 14.3. enthalten sind.**

#### 14.2.6. Vergütung durch Projektleitungsentschädigung

Die Projektleitungsentschädigung:

a) Deckt die folgenden Kosten der Institution in der Schweiz:

- Honorare des Projektpersonals in der Schweiz, das allgemeine Aufgaben und/oder Projektleitungsaufgaben in der Schweiz wahrnimmt;
- Reisespesen des Personals der Zentrale, das für die Überwachung und Betreuung des Projekts zuständig ist (Flugbillete, Visa, Impfungen, per diem etc.);
- Allgemeine sprachliche Ausbildung des Projektpersonals (vor allem Französisch, Englisch und Deutsch);
- Infrastrukturkosten der Institution in der Schweiz (Büromiete, Telefon, Fax, Wasser, Strom, Taxen etc.);
- Betreuungskosten für das Projektpersonal (samt Angehörigen) bei der Ausreise, während des Aufenthaltes am Projektort und bei der Heimreise;
- Ausschreibungs- und Vergabekosten und Anschaffungs-, Versand- und Überwachungskosten im Zusammenhang mit dem Projektmaterial und Projektdienstleistungen (ohne Fracht-, Versicherungs- und Portospesen);
- Leistungen der Institution im Zusammenhang mit der finanziellen Abwicklung des Projektes (Verwaltung, Kontrolle und Revision der Konten in der Schweiz);
- Kosten, die aus dem Geschäftsverkehr mit der DEZA entstehen (Sitzungen, Berichterstattung, Abrechnungen etc.) und Reisekosten innerhalb der Schweiz.

b) Die folgenden Budgetposten dienen zur Berechnung der PLE;

- Honorare des Projektpersonals im Ausland (im Ausland wohnhafte Expertinnen und Experten);
- Honorare und Kosten für die Fachberatung durch internationale und lokale Konsulenten und Konsulentinnen im Zusammenhang mit dem Projekt durch spezialisierte Personen, Unternehmen und Institutionen;
- Kosten für das Projektpersonal und der mitreisenden Angehörigen, z.B. Reisekosten, Transportkosten der persönlichen Effekten, Unterkunftskosten, Schulgelder etc.;
- Direkte Rekrutierungskosten des Projektpersonals (Inserate etc.);
- Löhne und Kosten des lokalen Projektpersonals;
- Netto-Projektleitungskosten am Projektort, wie Raummiete und -unterhalt, Abgaben, Kommunikationskosten, Fahrzeugkosten (beim Verkauf eines Fahrzeugs ist der gesamte Erlös der Projektabrechnung gutzuschreiben) etc.;
- Lokale Bürokosten (ganz oder teilweise) (Büromieten, Telefon, Fax, Strom, Abgaben etc.);

- Kosten der lokalen Revision;
- Projektspezifische Ausbildung und Sprachkurse (lokale Sprachen) für das Projektpersonal.
- Kosten des aus schweizerischen Mitteln beschafften Projektmaterials und dessen Transport-, Versicherungs- und Portokosten;
- Bau und Einrichtungskosten;
- Zahlungen an Stipendiatinnen und Stipendiaten.

c) Nicht als Berechnungsbasis für die PLE gelten:

- Alle Mittel, die dem Projekt vom Partner oder von Dritten zur Verfügung gestellt werden;
- Rotationsfonds und damit zusammenhängende Kosten (Ueberwachungskosten und dergleichen werden durch separat definierte Modalitäten festgelegt und entschädigt);
- Defizitgarantien;
- Beträge, die bereits in einer früheren Phase budgetiert wurden und auf die neue Phase übertragen werden und aufgrund welcher die PLE bereits früher bezahlt wurde.

### **14.3. Entschädigung durch Honorare**

- 14.3.1. Die DEZA entschädigt die Institution gestützt auf das gemäss Anhang erstellte Budget, indem sie Honorare und Kosten der Institution übernimmt. Die festgesetzten Honorare decken namentlich die Aufwendungen wie Gemeinkosten, Sozialleistungen und andere Beiträge an die Abdeckung von Kranken-, Invaliden- und Todesfallkosten. Honorare und Kosten werden vertraglich vereinbart. Ihre Berechnung basiert im Prinzip auf nachstehender Ziffer 14.3.3 Pauschale Beträge sind zulässig.
- 14.3.2. Die Institution deckt ihre Honorare und Kosten durch Bezüge vom Bankkonto, das unter Ziffer 12 erwähnt wurde. Die Löhne werden am Ende jeden Monats vom Bankkonto abgehoben. Die Zahlungen können erst am Tag der Fälligkeit der erwähnten Zahlungen vom Bankkonto abgehoben werden.
- 14.3.3. Für Arbeitsleistungen, die in der Schweiz erbracht werden, gelten die Ansätze pro effektive Arbeitsstunde. Bei Dienstreisen in der Schweiz zählt die Hin- und Rückreise während höchstens drei Stunden pro Dienstreise als effektive Arbeitszeit.

Für Arbeitsleistungen, die im Ausland erbracht werden, gelten Tagesansätze, die einer effektiven Arbeitszeit von acht Stunden pro Tag entsprechen. Beträgt die Dauer der Arbeiten im Ausland mehr als 10 aufeinanderfolgende Tage können wöchentlich höchstens sechs Arbeitstage vergütet werden. Dienstreisen ins und im Ausland zählen als Arbeitszeit (maximal acht Stunden pro Tag).

Bei Verträgen von einer ununterbrochenen Dauer von mehr als zwei Monaten können Monatshonorare angewendet werden.

Bei Abreise aus der Schweiz zwischen 12.00 Uhr und 24.00 Uhr (inkl. Reisezeit zum Flughafen) und bei Ankunft in der Schweiz (inkl. Reisezeit zum Wohnort) zwischen 00.00 Uhr und 12.00 Uhr wird 50% des Tageshonorars bezahlt.

14.3.4. Unterkunfts- und Verpflegungskosten, Reisespesen und andere Kosten werden wie folgt vergütet:

Für Reisen in der Schweiz, dem Einsatzland oder einem Drittland, die die Institution im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrages ausführt, werden maximal folgende Auslagen vergütet:

a) Auslagen in der Schweiz

- i) Vergütung von Reisespesen: Bei Benützung der Eisenbahn: Vergütung des Billets 1. Klasse gegen Beleg. Fehlt der Beleg, Vergütung von 50% eines ganzen Bahnbillets 2. Klasse. Bei Benützung eines Privatautos: Vergütung des Gegenwerts des halben Bahnbillets 2. Klasse; in begründeten Fällen kann im Voraus schriftlich eine Kilometer-Entschädigung vereinbart werden;
- ii) Vergütung von Nebenauslagen der Reise, wie dienstliche Telefongespräche, Telegramme, Visagebühren etc.;
- iii) Ausrichtung einer Entschädigung zur Bestreitung der Unterkunfts- und Verpflegungskosten gemäss den Listen „Essens- und Hotelvergütung“ resp. „Vergütungsansprüche“ der DEZA.  
Die Listen sind im Internet unter [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch), Rubrik „Bidders“ abrufbar oder können bei der DEZA in Papierform bestellt werden. Sie bilden integrierenden Bestandteil der vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen AGB;
- iv) Vergütung anderer Kosten gemäss Budget.

b) Vergütungen im Ausland

- i) Vergütung von Flugreisen: Grundsätzlich bestellt die Institution das Flugbillet über die Bundesreisezentrale (BRZ) des EDA. Wird das Flugbillet jedoch selbst beschafft, so geschieht dies in Übereinstimmung mit der BRZ. In diesem Fall vergütet die DEZA die effektiven und belegten Flugkosten für den direkten Flug von der Schweiz oder von einem Drittland ins Einsatzland und zurück. Liegt die Distanz zum Bestimmungsort unter 3000 Meilen, wird "Economy-Class" vergütet. Bei einer Distanz über 3000 Meilen wird "Business-Class" vergütet. Wird eine Reise durch mindestens eine Hotel-Übernachtung unterbrochen, werden die jeweiligen Streckenabschnitte hinsichtlich Meilen und Flugklasse je einzeln berechnet.  
Reist ein Mitglied der Institution zusammen mit Mitarbeitenden der DEZA, hat es Anrecht auf dieselbe Flugklasse wie diese.
- ii) Vergütung von nötigen Nebenauslagen der Reise, wie Bahn- Auto- und Taxispesen, Gepäckträger, Visa, dienstliche Telefongespräche, Telegramme, Telefaxe, Flughafentaxen etc.;
- iii) Ausrichtung einer Entschädigung zur Bestreitung der Unterkunfts- und Verpflegungskosten gemäss den Listen „Essens- und Hotelvergütung“ resp. „Vergütungsansprüche“ der DEZA.  
Die Listen sind im Internet unter [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch), Rubrik „Bidders“ abrufbar oder können bei der DEZA in Papierform bestellt werden. Sie bilden integrierenden Bestandteil der vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen AGB.
- iv) Fluggepäck: Kosten für Gepäck über die Freigepäcklimite hinaus werden nur ausnahmsweise, auf besondere Anfrage hin, vergütet und nur, wenn das Gepäck zur Ausführung des Vertrages benötigt wird.

**15. Bestimmungen gemäss Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen**

- 15.1. Für Leistungen in der Schweiz verpflichtet sich die Institution, die Bestimmungen des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (SR 172.056.1) einzuhalten.
- 15.2. Für in der Schweiz erbrachte Leistungen hält die Institution die Arbeiterschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen am Ort der Leistungserbringung ein. Sie gewährleistet die Gleichbehandlung von Frau und Mann bezüglich Lohngleichheit. Als Arbeitsbedingungen gelten die Gesamtarbeitsverträge und die Normalarbeitsverträge und, wo diese fehlen, die tatsächlichen orts- und berufsüblichen Arbeitsbedingungen.

- 15.3. **Hält die Institution die Grundsätze der oben erwähnten Ziffer 15.2. nicht ein, so schuldet sie eine Konventionalstrafe. Die Strafe beträgt 10% des vertraglichen Dienstleistungswerts und macht zwischen 3'000.- und 100'000.- Franken aus.**
- 15.4. Besteht keine Konkurrenzsituation, übersteigt der Auftragswert eine Million Franken, oder sind die Bedingungen der Richtlinie des eidgenössischen Finanzdepartements vom 28.4.97 über die Vereinbarung des Einsichtsrechts bei Beschaffungen des Bundes erfüllt, so gewährt die Institution der DEZA ein Einsichtsrecht in ihre Kostenberechnung. Dieses Einsichtsrecht wird gemäss den Bestimmungen im Vertrag ausgeübt.

## **16. Kündigung des Vertrages**

- 16.1. Die Innen- und Aussenpolitik der Schweiz und des begünstigten Staates gründet auf der Achtung der demokratischen Grundsätze und der Menschenrechte, wie sie unter anderem in der universellen Deklaration der Menschenrechte festgeschrieben sind. Diese stellen ein wesentliches Element der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem begünstigten Staat dar.

Verletzt der begünstigte Staat dieses wesentliche Element, informiert die DEZA die Institution über die Situation und über die geplanten Massnahmen.

Dauert die Verletzung weiter an oder kann mit dem begünstigten Staat keine Lösung gefunden werden, stehen der DEZA sämtliche angemessenen Massnahmen, einschliesslich Kündigung dieses Vertrages, offen. Für diesen Fall verpflichten sich beide Parteien, alle notwendigen Massnahmen zu treffen, um die Kosten der Vertragsauflösung zu minimieren, und auf die Geltendmachung jeglicher Entschädigung, ausser der Zahlung der tatsächlich aufgelaufenen Kosten, zu verzichten.

- 16.2. Ist die Vertragserfüllung aus Gründen höherer Gewalt (Naturkatastrophen etc.) nicht möglich, so hat jede Partei das Recht, den Vertrag mit Wirkung ab Eintritt der Unmöglichkeit aufzulösen.  
Die Institution hat in diesem Fall einen Schlussbericht sowie eine Schlussabrechnung über die Projektkosten, inklusive die Kosten für das vorzeitige Ende des Projektes, zu erstellen. Ist eine Projektleitungsentschädigung vorgesehen, so wird diese auf der Basis der effektiven Kosten berechnet (Unterbruchskosten eingeschlossen).
- 16.3. Bei Nichteinhaltung, Nichtausführung oder Verletzung der zu erfüllenden Pflichten durch eine der Parteien, kann die andere Partei nach Mahnung den Vertrag gestützt auf das Subventionsgesetz mit sofortiger Wirkung auflösen (SR 616.1).

## **17. Dauer des Vertrages**

Der Vertrag endet, sobald jede Partei alle ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllt hat, spätestens aber mit der Schlusszahlung durch die DEZA. Diese Schlusszahlung kann indessen erst nach Erhalt des Schlussberichts und der Schlussabrechnung und der Annahme dieser Dokumente durch die DEZA erfolgen. In Ermangelung einer Schlusszahlung endet der Vertrag sechs Monate nach Abnahme von Schlussbericht und revidierter Schlussabrechnung durch die DEZA, ausser wenn die DEZA vor Ablauf dieser Frist schriftliche Einwände formuliert hat.

**18. Verhältnis des Vertrages zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen**

Vertragliche Vereinbarungen gehen diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen vor.

**19. Datenschutz**

Die Institution nimmt zur Kenntnis, dass die DEZA die Qualität der erbrachten Leistungen evaluiert. Sie erklärt sich damit einverstanden, dass diese Daten innerhalb der DEZA gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (SR 235.1) bearbeitet werden. Sie hat das Recht, diese Evaluationen gestützt auf das erwähnte Gesetz einzusehen.

**20. Rechtsweg**

Der Vertrag untersteht dem schweizerischen öffentlichen Recht. Bei Streitigkeiten aus diesem Vertrag kommen die Gesetze über das Verwaltungsverfahren und über die Bundesrechtspflege zur Anwendung.